

# ANLAGE 1

Protokoll

zum

TOP 05. der 22. Sitzung des OB Mellensee vom 22.03.2023

Die Anhörung zur HH-Satzung 2023 begründete folgende Feststellungen des OB:

Der ausgewiesene Fehlbetrag in der Ergebnisrechnung zeigt die schwierige Haushalts-Situation für das lfd. Jahr 2023.

Darüber sieht der OB die mittelfristigen Ausgleichsmöglichkeiten als eingeschränkt an, da keine Rücklagen mehr zur Verfügung stehen und der Zahlungsmittelbestand zurück geht. Daher wird der Verzicht auf Kreditaufnahmen kritisch gesehen.

Es wird die Sorge geäußert notwendige Investitionen nur noch zu beginnen aber nicht mehr abschließen zu können sofern es nicht gelingt den Fehlbetrag abzufangen um ein HASI zu vermeiden.

Insofern ist der OB auch darüber irritiert, dass es keine Verpflichtungsermächtigungen mehr geben soll. Was zur Folge haben könnte, dass angefangene Investitionen erst nach Bestätigung eines neuen HH-Planes (ggf. dann erst im II. Quartal des nächsten Jahres) fortgeführt werden können.

Der OB bittet in Hinsicht auf die Verbesserung der Einnahmesituation um Prüfung der Einwohnerzahl, die in der Haushaltssatzung mit 7224 angegeben wird und im Amtsblatt mit 7275.

Die Anmeldung zugezogener neuer Einwohner sollte durch flexiblere Anmeldezeiten im Amt erleichtert werden. Dem neuen Einwohner muss es möglich sein sich zeitnah anmelden zu können. D.h. Terminvergabe auch nach den offiziellen Sprechstunden bei vorausgegangener digitaler Anmeldung durch die Neubürger sollte geprüft werden.

In Bezug auf die Ordnung und Sicherheit im Ort, wird nachgefragt, ob für die vom Bauhof vorgenommene Straßenreinigung, für die nach Ortssatzung der Anlieger verpflichtet ist, eine Rechnung erstellt wird. Hierfür ist eine Kalkulation der Arbeitsstunde Voraussetzung. Liegt eine solche vor ? Kann dem mehrmals säumigen Anlieger auch ein Bußgeld in Rechnung gestellt werden.

Der OB ist der Meinung, dass es gerechter ist dem Verursacher direkt zu belasten, als durch allgemeine Steuererhöhung alle Bürger indirekt mitverantwortlich zu machen.

Nicht nachvollziehbar ist für den OB die Erhöhung der Ausgaben für die Überarbeitung diverser Satzungen. Dies ist aus Sicht des OB originäre Aufgabe der Verwaltung und sollte nicht zu Mehrausgaben führen.

Der OB stellt sich hinter die Forderung des Finanzausschusses die Stellen der Erzieherinnen kosten seitig nicht zu streichen.

Allgemein bittet der OB zu prüfen, inwieweit die von der WVM übernommene Bewirtschaftung gemeindeeigener WE aufgehoben werden kann. Ggf. durch komplette Übernahme durch die WVM. Oder alternativ durch Verkauf.

Bei den aufgelisteten Investitionen fehlt nach Ansicht des OB der Ausbau eines Radweges innerhalb der Ortslage Mellensee. Hier wird auf die Gefahrenssituation insbesondere für Senioren und Schulkindern mit Fahrrad an der Nottebrücke verwiesen. Es sollte zumindest mittelfristig ein separater Übergang für Fußgänger und Fahrradfahrer eingeplant werden.